

Lieber teure Medikamente als günstige Generika

Gesundheitskosten Arzneimittel sind zu teuer, so die Kritik. Eine Umfrage zeigt nun: Bei der Preisbildung will die Bevölkerung mehr Staat, verhält sich aber widersprüchlich.

Maren Meyer

Wer in einer Schweizer Apotheke Medikamente kauft, zahlt mehr als in den europäischen Nachbarländern. Auch in diesem Jahr zeigt der Auslandspreisvergleich für Originalmedikamente und Nachahmerprodukte, die sogenannten Generika, deutliche Preisunterschiede auf. Patentgeschützte Medikamente kosten im europäischen Ausland im Schnitt 5,4 Prozent weniger als in der Schweiz – Generika sogar 45,5 Prozent.

Durchgeführt wird der Auslandspreisvergleich vom Krankenkassenverband Santésuisse und dem Pharmaverband Interpharma. Letzterer befragt die Bevölkerung zusätzlich einmal pro Jahr zu ihrer Einstellung zum Schweizer Gesundheitswesen – auch Medikamentenpreise sind ein Thema. Für den Gesundheitsmonitor 2023 wurden 1200 Stimmberechtigte in allen Sprachregionen, Altersgruppen, Bildungs- und Einkommensschichten befragt.

Vertrauen in Krankenkassen und Pharma schwindet

Dabei zeigt sich, dass sich Schweizerinnen und Schweizer über die vergangenen Jahre hinweg immer stärker die Einmischung vom Staat wünschten, wenn es um Höchstpreise bei Medikamenten ging. Das Vertrauen in die Wirtschaft, durch Verhandlungen zwischen Krankenkassen und Medikamentenherstellern einen angemessenen Preis festzulegen, schwindet hingegen.

Waren es im Jahr 2020 noch 50 Prozent der Befragten, die sich für gesetzliche Höchstpreise für Medikamente aussprachen, sind es in diesem Jahr bereits 69 Prozent. Verhandlungen zwischen Krankenkassen und Medikamentenherstellern befürwortet nur noch eine Minderheit von 28 Prozent.

Eine Mehrheit der in der Schweiz vertriebenen Medikamente – Originalpräparate und Generika – befindet sich auf der sogenannten Spezialitätenliste des Bundesamts für Gesundheit. Die Heilmittel werden von der Krankenkasse bezahlt und unterliegen gesetzlichen Preisregelungen. Alle drei Jahre überprüft das Amt die Liste, was regelmässig zu Preissenkungen führt.

Trotz dieser Preisanpassungen halten 75 Prozent der Befragten die Schweizer Medikamentenpreise für zu hoch. Im Vergleich zum vergangenen Jahr sind es sogar 11 Prozent mehr. Seit Beginn des Gesundheitsmonitors 1997 sei dies der sechstöchste gemessene Wert, schreiben die Studienautoren.

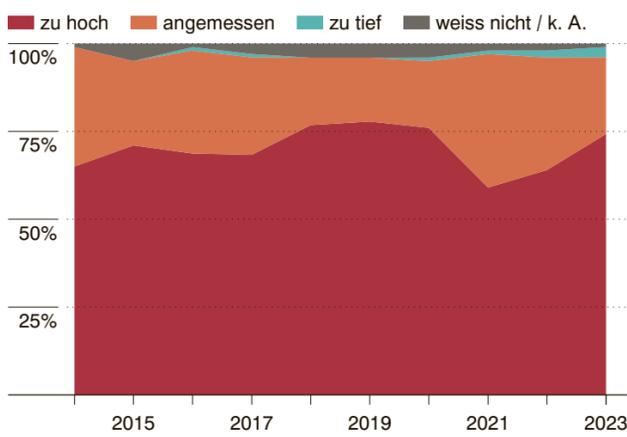
Einen Widerspruch stellt hingegen die Antwort auf die Frage dar, ob bei freier Wahl eher das Originalmedikament oder das Nachahmerprodukt – also chemisch-synthetisch hergestellte Generika oder biotechnologisch hergestellte Biosimilars – gekauft würde: 57 Prozent der Befragten ziehen das teurere Original vor. Seit 2015 ist dieser Anteil sogar noch grösser geworden. Damals sagten 52 Prozent, sie wollten das Originalmedikament. Mit 67 Prozent besonders stark war der Wunsch nach dem Original 2021 während der Corona-Pandemie.



57 Prozent der Befragten ziehen das teurere Original vor. Foto: Getty Images

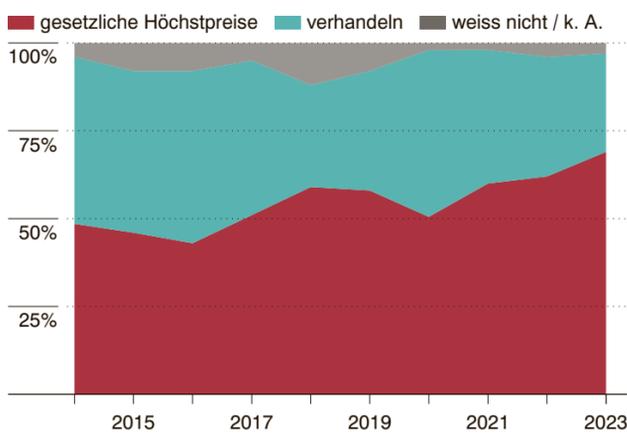
Bevölkerung hält Medikamentenpreise für zu hoch

Sind die Medikamentenpreise in der Schweiz zu hoch, angemessen oder zu tief?



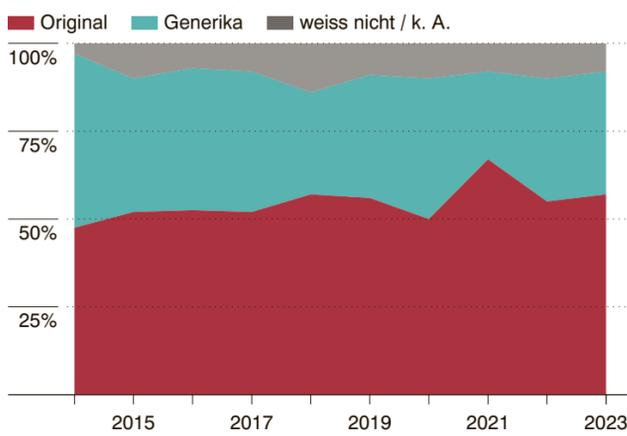
Medikamentenpreise sollten gedeckelt werden

Sollten Medikamente durch gesetzliche Höchstpreise geregelt sein? Und sollten Krankenkassen mit den Medikamentenherstellern über den Preis der Medikamente verhandeln können?



Lieber Originalmedikament als Generikum

Wenn Sie die Auswahl haben, würden Sie eher das Originalmedikament oder das Nachahmerprodukte (Generika oder Biosimilars) kaufen?



Anzahl befragte Personen: 1200
Grafik: can, mya / Quelle: Interpharma

Was auf den ersten Blick wie ein Widerspruch erscheinen mag, ergibt auf den zweiten Blick Sinn, sagt Urs Bieri, Co-Leiter des Forschungsinstituts GFS Bern und verantwortlich für den Gesundheitsmonitor. «Wenn etwas teuer ist, hat man hohe Qualitätserwartungen.» Zwar halten über 70 Prozent der befragten Schweizerinnen und Schweizer die Medikamentenpreise hierzulande für zu hoch. Doch da sie zurzeit nichts dagegen unternehmen könnten, würden sie eben das vermeintlich beste Produkt einfordern.

Die Diskussion um die Medikamentenpreise sei kostengeprägt, sagt Bieri. «Man weiss, dass man im Vergleich zum Ausland zu viel zahlt.» Er sieht den Widerspruch im Wunsch nach mehr staatlicher Einmischung. Denn wenn es um die Leistungen der Krankenkassen geht, soll der Staat sich heraushalten. Doch bei den Medikamentenpreisen zeigt sich in den vergangenen drei Jahren ein wachsender Wunsch nach staatlicher Einmischung.

«Was die Preise der Medikamente betrifft, scheint man der Privatwirtschaft zu wenig zu vertrauen», sagt Bieri. Er schreibt diese Entwicklung der Covid-Pandemie zu. In den vergangenen Jahren sei das Vertrauen in den Staat bei Gesundheitsfragen gestiegen. Dies zeige beispielsweise die Annahme des Covid-19-Gesetzes 2021 und dessen Anpassung im vergangenen Jahr.

Offen für Zugang zu innovativen Medikamenten

«Im Gesamten ist sich die Schweizer Bevölkerung der hohen Qualität des eigenen Gesundheitswesens bewusst», lautet das Fazit von Interpharma. Die Leistungen des Gesundheitswesens hätten zwar ihren Preis, doch die Versorgung überzeuge die Bürgerinnen und Bürger. Zentral bleibe, dass ausgehend von den vorhandenen Mitteln das bestmögliche Angebot bestehen müsse.

Weitere Ergebnisse der Befragung zeigten, dass sich 95 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer einen Zugang zu innovativen Medikamenten wünschen, sobald Letztere von der Zulassungsbehörde Swissmedic zugelassen sind. Darüber hinaus zeigen sich zwei Drittel der Befragten offen gegenüber flexiblen Preismodellen, um eine provisorische und somit eine umgehende Vergütung durch die Krankenkassen zu erhalten.

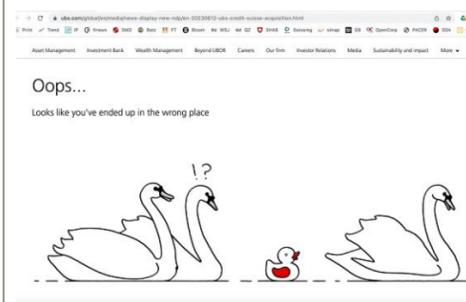
Bürohr

Weil er als serienmässiger Plagiator aufgefliegen ist, wird **Henrique Schneider** (Foto) nun doch nicht Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes. Das gab der Verband am 9. Juni bekannt. In der Medienmitteilung hiess es, Präsident **Fabio Regazzi** stehe zwischen 15 und 17 Uhr für Fragen zur Verfügung. Dumm nur, dass die Mitteilung erst um 16.54 Uhr versandt wurde – es blieben also nur sechs Minuten für dringende Fragen. Dabei hätte es solche durchaus gegeben. Namentlich die:



Zieht der Schweizerische Gewerbeverband Henrique Schneider aus wichtigen Bundesgremien zurück, in denen er den Gewerbeverband vertritt und in die er teilweise durch den Bundesrat gewählt worden war? Darunter sind die Wettbewerbskommission, die Eidgenössische Rüstungskommission, die Eidgenössische

Commission für Bundesstatistik und die Stiftung Auffangeinrichtung BVG. Letztere verwaltet Freizügigkeitskonten von mehr als 1,4 Millionen Pensionskassenversicherten, und Schneider sitzt im Stiftungs- und im Anlageausschuss. Nun zeichnet sich ab, dass er alle diese Posten verlieren wird. Regazzi schreibt: «Im Rahmen der Nachfolge von **Hans-Ulrich Bigler** als Direktor muss die Einsetzung des Gewerbeverbandes in externen Gremien sowieso überprüft und allenfalls neu festgelegt werden.» Bei der Stiftung Auffangeinrichtung BVG hat Schneider im Zug seiner mittlerweile widerrufenen Wahl zum Direktor des Gewerbeverbandes bereits Anfang Februar seinen Rücktritt aus dem Stiftungsrat und dessen Ausschüssen per 31. Juli mitgeteilt. Und sowohl bei der Wettbewerbskommission als auch bei der Kommission für Bundesstatistik und der Rüstungskommission läuft Henrique Schneiders Amtszeit Ende 2023 aus. Er wird vom Gewerbeverband nicht mehr zur Wiederwahl vorgeschlagen.



Am Montag wurde die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS vollzogen. Noch scheint aber unter der Führung von Group Integration Officer **Michelle Beraux** nicht alles reibungslos zu laufen. Wer auf den Link in der Medienmitteilung der CS klickte, landete auf einer Seite der UBS, die besagte: «Oops... Looks like you've ended up in the wrong place» (Sieht aus, als wären Sie an der falschen Stelle gelandet). Immerhin wusste die beigelegte Zeichnung mit drei erwachsenen Schwänen und einem Baby-Schwan zu begeistern. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass dies schon der Schwanengesang für die neue Megabank gewesen ist.

Der langjährige Denner-Chef **Mario Irminger** (Foto) hat Anfang Mai den Chefposten des Mutterhauses Migros übernommen. Seine Lücke beim Discounter gefüllt hat Finanzchef **Adrian Bodmer**. Er wurde zum «CEO ad interim» benannt. Die Suche des Nachfolgers für den Denner-Chef wurde laut dem Discounter gestartet.

Bodmer hat trotz seiner neuen Aufgabe wohl keine neuen Visitenkarten drucken lassen. Auf den Karrierenetzwerken LinkedIn und Xing führt er jedenfalls weiterhin lediglich seine

Position als Finanzchef auf. Bescheidenheit gehört bei einem Discounter schliesslich zum Geschäftsmodell. Diese Bescheidenheit hat auch Irminger trotz Wechsel zur Migros noch nicht abgelegt. Er taucht bei LinkedIn ohne Foto unter «Leitende Funktion bei Denner AG» auf. Und sogar einen völlig veralteten LinkedIn-Account betreibt Irminger: Dort preist er sich als «Finanzleiter» an.

